

Kiel, 16. August 2021

Pressemitteilung

Die AfD-Ratsfraktion Kiel fordert mehr Vertrauen in planende Unternehmen und weniger Regulierung und Verzögerung durch Behörden

Die AfD-Ratsfraktion bedauert den Ausstieg der DKS-BIG aus dem Projekt „StadtDorf“ im Kieler Süden. Es ist sicherlich nicht selbstverständlich, dass die Stadt Kiel bei einem solch großen Projekt einen regionalen Partner hat, der auch bundesweit in der Bauentwicklungsplanung aktiv ist.

Die Stadt Kiel ist auf Unternehmen angewiesen, die Bauprojekte in der angestrebten Qualität umsetzen können und dabei sollte die Verwaltung darauf vertrauen, dass dies tatsächlich auch geschieht. Eine Kontrolle und gezielte Vorgaben seitens der Stadt sind natürlich notwendig und Teil jeder Planung. In diesem Fall sieht die AfD-Ratsfraktion jedoch eine Überregulierung durch die Verwaltung, was zu unerträglichen Verzögerungen und damit letztendlich zum Ausstieg der DKS-BIG geführt hat.

Warum sieht sich ein regional verwurzelt Unternehmen gezwungen, ein großes und gewinnversprechendes Projekt direkt vor der Haustür aufzugeben? Wenn es schweren Herzens diesen wohl abgewogenen Schritt macht, weil der Faktor Zeit das Projekt nach 15 geduldigen Jahren unprofitabel werden lässt, ist es dringend notwendig, den Kern des Problems zu ermitteln.

Es muss gefragt werden, ob dem Unternehmen tatsächlich unnötige und daher vermeidbare Regularien auferlegt worden sind, deren Aufgabe zu einem schnelleren und erfolgreichen Abschluss des gemeinsamen Projektes geführt hätte. Es muss auch geklärt werden, welchen Anteil die Verhandlungsstrategie der Stadt Kiel an den Verzögerungen und dem schlussendlichen Ausstieg hatte. Besonders interessant ist diese Frage nach dem Verhalten der Rathauspitze, da in Kiel seit langem Wohnungsnot herrscht und die zügige Fertigstellung des Projektes „StadtDorf“ umso wichtiger ist.

Es hat keinen Zweck, sich auf die vergebliche Suche nach einem einzelnen Schuldigen zu begeben. Die Stadt Kiel sollte für sich nunmehr die Frage beantworten, welche Regularien und Verhandlungsstrategien sie aufgeben kann oder sogar muss, damit sich ein solcher Vorgang nicht wiederholt. Verzögerungen durch behördliche Vorgaben sind symptomatisch für das Bauen in deutschen Städten und Kiel hat nun die Chance mit einem Lerneffekt aus der Situation herauszugehen, damit weitere anstehende Projekte davon profitieren können. 15 verlorene Jahre sind mehr als Anlass genug.

Die AfD-Ratsfraktion erwartet gespannt die kommende Bauausschusssitzung, um den neuen Partner, die BPD, kennenzulernen, so der baupolitische Sprecher der AfD-Ratsfraktion, Ratsherr Eike Reimers.